Kamener Zeitung

Amtliches Anzeigenblatt für Kamen.
Anzeigenpreis für den Raum der einspaltigen Nonpareillezeile 30 Pfg., bei lokalen Anzeigen 25 Pfg. Reklamezeile 1.00 Mk. Bei Wiederholungen Rabatt nach Maßgabe unserer Insertionsbedingungen. Verlag der Kamener Zeitung G. m. b. H. Für die Redaktion verantwortlich H. Schubeis, Kamen.

Volksfreund für Kamen und Umgegend verbunden mit der
Märkischen Zeitung.

Freiwillige Unfall-Unterstützung
nach Maßgabe der ausliegenden Bedingungen. Erscheint täglich. Monatlicher Bezugspreis 2.60 Mk., durch die Post bezogen vierteljährlich Mk. Falls wir in der Herausgabe oder Zustellung der Zeitung gehindert sind, hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung des Blattes oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Nr. 22 — Dienstag, den 27. Januar 1920 — 48. Jahrgang

Attentat auf Erzberger.

Wolffs Büro meldet: Als Minister Erzberger Montag nachmittag gegen 2 Uhr das Gerichtsgebäude in Moabit verließ und seinen Kraftwagen besteigen wollte, feuerte ein junger Mann 2 Revolverschüsse auf ihn ab. Der Minister wurde durch einen Schulterschuß leicht verletzt. Die zweite Kugel, die ihn in der Bauchgegend traf, streifte an einem Metallgegenstand in der Tasche des Ministers ab. Der Täter wurde verhaftet. — Nach einer weiteren ergänzenden Meldung verließ der Minister in Begleitung des Rechtsanwalts Dr. Friedländer das Kriminalgericht in Moabit und begab sich mit ihm zu seinem Kraftwagen. Bevor Erzberger einstieg, unterhielt er sich mit dem Rechtsanwalt, als plötzlich ein junger, gut gekleideter Mann an die beiden herantrat und einen Schuß abfeuerte. Dr. Friedländer drehte sich um und sprang auf den Attentäter zu. In demselben Augenblick feuerte dieser einen zweiten Schuß auf Erzberger ab. Erzberger fiel darauf, wie Zeugen gesehen haben, in seinen Kraftwagen hinein und der Chauffeur fuhr davon. Der Täter wurde von Sicherheitsbeamten festgenommen und auf der Wache als der am 24. November 1899 zu Berlin geborene frühere Fähnrich und jetzige Schüler Oltwig von Hirschfeld, der in Steglitz bei seinen Eltern wohnt, festgestellt. Der Vater ist Bankbeamter.

Amtlich wird gemeldet: Als gestern nachmittag 3½ Uhr der Reichsminister Erzberger das Kriminalgerichtsgebäude in Moabit durch den Ausgang nach der Rathenowerstraße verließ und bereits den Wagen bestiegen hatte, drängte sich ein junger Mann an den Wagen heran, fragte, ob der Minister Erzberger im Wagen säße und gab auf die bejahende Antwort mehrere Schüsse auf ihn ab. Ein Schuß prallte an der Uhrkette des Ministers ab. Durch den zweiten wurde der Minister in der Gegend der rechten Schulter verletzt. Den sofort zugreifenden Polizeibeamten gelang es, den Täter festzunehmen. Der 20jährige junge Mensch, der den Eindruck eines Sechzehnjährigen macht, ist der frühere Fähnrich und jetzige Schüler Oltwig von Hirschfeld aus Berlin. Er gibt an, er sei zu der Ueberzeugung gekommen, daß Erzberger ein Schädling sei und beseitigt werden müsse. Seine Ueberzeugung habe sich durch Anhören der Gerichtsverhandlung in ihm bestärkt und er sei deshalb zur Ausführung der Tat geschritten. Er stellt ausdrücklich in Abrede, den Plan des Attentats auf Erzberger mit irgend jemand besprochen oder unter Einwirkung gehandelt zu haben. — Der Minister hat sich nach dem Attentat sofort zu einem Arzt begeben, der eine genaue Untersuchung der Wunde und eine Beleuchtung mit Röntgenstrahlen vornahm, die ergab, daß die Kugel in der rechten Schulter steckt. Die Verletzung gibt zu irgend welchen Besorgnissen keine Veranlassung. — Nach Mitteilung des den Finanzminister behandelnden Arztes, des Universitätsprofessors Flesch, an die „Germania" kann an eine Entfernung der Kugel zur Zeit nicht gedacht werden. Der Zustand des Patienten erheischt für die nächsten Tage die größte Schonung, wenn auch eine unmittelbare Lebensgefahr nicht besteht. Nach Anregung des Notverbandes wurde Erzberger nach seiner Wohnung gebracht.

Ein Aufruf der Reichsregierung.

(TU) Auf den Reichsminister Erzberger ist beim Verlassen des Moabiter Gerichtsgebäudes ein Mordanschlag verübt worden. Ein Schuß hat ihn verwundet. Die Gefährlichkeit der Verletzung ist noch nicht zu übersehen. Die Reichsregierung steht erschüttert und in tiefster Empörung vor dieser verbrecherischen Ausschreitung des politischen Kampfes, der eins ihrer Mitglieder mitten in der Ausführung der ihm anvertrauten schwierigsten Aufgaben beinahe zum Opfer gefallen wäre. Sie hängt den Attentäter nicht an die Rockschöße irgend einer Partei, sie stellt aber vor aller Welt fest, daß die blutige Tat unmöglich gewesen wäre ohne die sinnlose und verantwortungslose Hetze, die seit Monaten und in den letzten Tagen erst recht gegen den Reichsfinanzminister getrieben worden ist. Sie sieht es als das größte Unglück unseres Volkes an, daß die schwerste Schicksalsprüfung Deutschland in einer geistigen Verfassung trifft, aus der heraus solche Schandtaten erwachsen können. Sie hat die einzige Hoffnung, daß die Schüsse in Moabit eine allgemeine Aufrüttelung bewirken möchten, damit den wahnsinnigen Hetzern, in welchem Lager sie stehen mögen, klar werde, vor welchem Abgrund sie alle stehen. Die Reichsregierung wird nicht nur ihre Mitglieder, sondern jeden Volksgenossen gegen Gewalttat und Vergewaltigung schützen. Sie ruft unter dem Eindruck des vergossenen Blutes alle Deutschen auf, mit ihr diesen Schutz zu übernehmen vor Verbrechen gegen den Einzelnen und das ganze Volk.

Berlin, 26. Januar, 1920.

Die Reichsregierung:

Bauer, Schiffer, Wels, Dr. David, Geßler, Giesberts, Koch, Müller, Noske, Schlicke, Schmidt.

Prozeß Helfferich—Erzberger.

In der gestrigen Verhandlung wurde der Finanzminister Dr. Südekum vernommen, weshalb der Gesetzentwurf, der die Ausfuhrzölle für die Industrie betraf, scheiterte, der seinerzeit gemacht wurde, als Helfferich Staatssekretär des Inneren war. Der Vorsitzende erklärt, daß es hauptsächlich interessiere, welche Stellung Erzberger damals dazu eingenommen habe. Es werde ihm vorgeworfen, daß er den Regierungsplan zu Fall gebracht habe, während er später, als er nicht mehr Aufsichtsrat war, für die Zölle eintrat. — Nach Südekums Eindruck hatte Erzberger kein materielles Interesse an dieser Frage, um sich durch seine Stellung als Aufsichtsrat in seiner Haltung bestimmen zu lassen. Zeuge betont, daß die damaligen scharfen Angriffe Erzbergers mit seinem Ausscheiden aus der Schwerindustrie in keiner Weise zusammenhängen könnten. — Zeuge Unterstaatssekretär Müller hatte den Eindruck, daß Erzberger von keinen anderen als sachlichen Gründen in der Frage der Ausfuhrzölle geleitet worden wäre. Er verstand es nicht, wie Erzberger, der früher die Industrie nicht belasten wollte, plötzlich mit aller Schärfe für die Belastung eintrete. Welche Gründe für dieses Vorgehen Erzbergers vorlagen, dafür habe er keine Erklärung. Er betrachte auch heute noch die späteren Vorwürfe Erzbergers gegen die Regierung als unberechtigt. — In der weiteren Verhandlung stellte Rechtsanwalt Alsberg fest, daß er durch Einsichtnahme in das Handelsregister festgestellt habe, daß bei der Anmeldung der Ostropa ein Vertrag beigegeben wurde, in dem ausdrücklich Erzberger als Beirat der Gesellschaft angegeben wird. Erzberger erklärte, davon nichts zu wissen. — Ein Telegramm, unterzeichnet Werkmeisterbund, des Inhalts, daß August Thyssen, der angeblich verhandlungsunfähig sein soll, eine Reise unternommen haben soll, veranlaßt das Gericht, einen beamteten Arzt zur Untersuchung Thyssens zu beauftragen.

Die Einführung der 6-Stundenschicht zum 1. Februar abgelehnt.

In der Montag-Vormittagsitzung wurde die Debatte über die Frage der Schichtzeit geschlossen, nachdem zehn Redner aus dem Erz- und Kalirevier und elf aus dem Ruhrbezirk zu Worte gekommen waren.

Bei der Einzelabstimmung sprach sich die Generalversammlung einstimmig für die Verkürzung der regelmäßigen unterirdischen Arbeitszeit bis auf sechs Stunden aus. In namentlicher Abstimmung wurde die Erzwingung der Sechsstundenschicht ab 1. Februar 1920 durch Streik oder Arbeitsverweigerung mit 182 gegen 36 Stimmen abgelehnt, bei einer Stimmenthaltung. In der Nachmittagssitzung wurden die beiden Entschließungen des Vorstandes mit überwältigender Mehrheit angenommen, ebenso mit allen gegen zwei Stimmen der Antrag auf Einlegung einer zweiten Förderschicht. Die Anträge auf Kündigung der Arbeitsgemeinschaft wurden sämtlich gegen eine kleine Minderheit abgelehnt. Die zum Lohntarif vorliegenden Anträge wurden dem Vorstande überwiesen. Der Antrag der Opposition, dem Verbandsvorstande ein Mißtrauensvotum auszusprechen, wurde abgelehnt. Nur ein kleiner Bruchteil der Stimmberechtigten erklärte sich dafür. Die beantragte Erhöhung des Verbandsbeitrages wurde schließlich abgelehnt. Osterroth begründete in seinem Vortrage über das Betriebsrätegesetz eine Entschließung des Gesamtvorstandes, in der anerkannt wird, daß das Gesetz trotz der ihm anhaftenden Mängel eine große Reihe von freiheitlichen sozialen Arbeiterrechten enthalte, die erheblich hinausgehen über die heute im Bergbau geltenden Bestimmungen. Notwendig sei es, die Möglichkeiten der Betätigung auf sozialem und wirtschaftlichem Gebiete gründlich auszunutzen und die Betriebsratswahlen mit aller Gründlichkeit vorzubereiten. Die tüchtigsten und selbstlosesten Kameraden müßten zur Wahl vorgeschlagen werden. Nicht die politische Denkart, sondern die soziale, gewerkschaftliche intellektuelle und moralische Qualität müsse bei der Aufstellung der Kandidaten maßgebend sein. Von der Opposition wurde ein Antrag eingebracht, die Regierung zur Aufhebung des Belagerungszustandes im Ruhrgebiet zu ersuchen. Die Entschließung zum Betriebsrätegesetz wurde angenommen, der Antrag betr. die Aufhebung des Belagerungszustandes abgelehnt, nachdem mehrere Redner auf die Vorgänge in Hamborn und Dinslaken hingewiesen hatten. Angenommen wurde noch ein Antrag, betreffend den Zusammenschluß der in der Arbeitsgemeinschaft vereinigten vier Verbände zu einer Zentralisation unter einem Zentralvorstand, ferner ein Antrag, wonach die Regelung der Bergarbeiterfragen durch die Gewerkschaften mit der Regierung unter Ausschluß der Unternehmer angestrebt werden soll.

Husemann schloß die Generalversammlung mit einem Mahnruf, kraftvoll und einmütig für die Durchführung der gefaßten Beschlüsse einzutreten.

Eine Bitte der oberschlesischen Bergleute.

Die Generalversammlung des alten Bergarbeiterverbandes nahm gestern eine Entschließung an, in der die Delegierten aus Oberschlesien Einspruch gegen die Abtrennung des südlichen Teiles von Oberschlesien durch einen Machtspruch, der dem arbeitenden Volke das Selbstbestimmungsrecht nehme, auf das es berechtigten Anspruch hat, erheben. Sie geloben alles zu tun, was in ihrer Kraft steht, um in den übrigen Teilen Oberschlesiens, in denen die Volksabstimmung entscheidet, ihre Arbeitsbrüder auf die drohenden materiellen, sozialpolitischen Gefahren aufmerksam zu machen, die bei einer Abtrennung Oberschlesiens von der deutschen Republik heraufbeschworen werden. Weiter richteten die Delegierten an die oberschlesischen Arbeiter, die in den anderen Gegenden Deutschlands leben, das dringende Ersuchen, von ihrem Abstimmungsrecht Gebrauch zu machen. „Ist Oberschlesien mit seinen reichen Rohstoffquellen und seiner Industrie verloren," so wendet sich der Aufruf an die außerhalb ihrer Heimat lebenden Oberschlesier, „so droht auch Euch der wirtschaftliche Zusammenbruch. Tut daher Euere Pflicht in unserem und Euerem Interesse." An die Bergarbeiterinternationale wird die heiße Bitte gerichtet, mitzukämpfen für die Revision des Friedensvertrages, die auch den oberschlesischen Grubenproletariern Gerechtigkeit und das Recht auf Selbstbestimmung bringt. Von den unterzeichneten 12 oberschlesischen Vertretern hatten 10 polnische Namen.

Lohnverbesserungen der Bergarbeiter.

(W) Auf der außerordentlichen Generalversammlung des Bergarbeiterverbandes wurde mitgeteilt, daß bei den Tarifverhandlungen folgende Zugeständnisse erreicht worden sind: Die unterirdisch beschäftigten Arbeiter erhalten eine Erhöhung des Grundlohnes um 3 Mark; der Gedingelohn wird um 5 Mark erhöht. Weiterhin soll ihnen eine Schichtzulage von 3 Mark gewährt werden. Die Kinderzulage wird von 20 Pfennig auf 1 Mark erhöht. Der Mindestschichtlohn eines Hauers steigt auf über 40 Mark. Die übrigen Zechenarbeiter erhalten neben dem erhöhten Kindergeld eine Lohnzulage von 1 Mark die Stunde.

Lieber Ueberstunden als mitschuldig am Zusammenbruch.

Wolffs Büro meldet aus Hamburg: Eine von Tausenden besuchte Versammlung des Ortskartells Hamburg des Deutschen Beamtenbundes billigte gestern einen Aufruf, des Beamtenbundes zur Arbeit und zur Beseitigung der Korruption in den eigenen Reihen, soweit sie vorhanden sei. Aber erst dann werde die Pflichttreue wirken und die Beamten beim Wiederaufbau des Vaterlandes wirksam unterstützen, wenn endlich die noch in weiten Kreisen des Volkes herrschende Arbeitsunlust verschwindet und dem Schieberunwesen und der allgemeinen Korruption energisch von allen Seiten entgegengetreten wird. Noch scheine es, als solle das deutsche Volk an der Selbstvernichtung zugrunde gehen. Alle Aufrufe, woher sie auch kamen, waren zwecklos und sind wirkungslos verhallt. Nur die Tat kann noch helfen. Wohlan denn, wir sind zur Tat bereit und wollen lieber Ueberstunden machen, als Mitschuldige an der deutschen Selbstvernichtung sein.

Lebenslänge Festungshaft für den Kaiser?

Aus Paris wird gemeldet: Wie verlautet, wird die Entente in ihrer Antwort an die holländische Regierung die Frage der lebenslänglichen Internierung des Exkaisers Wilhelm in einer Festung aufwerfen.

Lloyd George hielt in Paris eine Ansprache, der Pressevertreter und Millerand beiwohnten. Er führte u. a. aus, die Verbündeten hätten beschlossen, ihre Forderung betreffs Wilhelm II. nicht abweisen zu lassen. Die Verbündeten seien einig, daß dem Kaiser gegenüber alle völkerrechtlichen Zwangsmaßnahmen anzuwenden seien.

Die Antwortnote der holländischen Regierung auf das Ersuchen um Auslieferung des ehemaligen deutschen Kaisers wird in der Pariser Presse eifrig besprochen. Man kann die Besprechung in drei Klassen teilen: 1. in diejenigen, die sich über einen derartigen Widerstand gegen die Verbündeten im höchsten Grade empören; 2. solche, die sich ruhig in diese Sachlage ergeben, 3. solche, die rund heraussagen, daß es so besser sei. In der ersten Gruppe übertrifft an heftigen Angriffen das Blatt „Petit Journal" alle anderen. Das Blatt sagt, daß die Auseinandersetzungen der niederländischen Regierung nicht stimmen, da der Verbrecher außerhalb aller Gesetze stehe.

Das Reuterbüro erfährt, daß in gut unterrichteten Kreisen die Ansicht herrsche, daß die Antwort der Niederlande nicht als Ende der ganzen Angelegenheit angesehen werden darf. Die Antwort, die nicht ganz unerwartet war, wird vom Obersten Rat in Paris oder seinem Nachfolger erwogen werden, und den Gegenstand weiterer Verhandlungen zwischen den Niederlanden und den Alliierten bilden. Es wird Sache der Rechtsberater sein, die Form dieser Verhandlungen zu bestimmen.

Die „Times" meldet, Lloyd George erklärte bei seiner Rückkehr nach England, er bürge dafür, daß der Kaiser ausgeliefert und abgeurteilt würde. — Aus London wird weiter gemeldet: Zwischen Lloyd George und Millerand hat ein Gedankenaustausch über die weiteren Maßnahmen in der Auslieferungsfrage bereits stattgefunden. Die beiden Ministerpräsidenten bestehen auf der Durchführung der Forderung. Eine weitere Note wird an Holland Anfang dieser Woche abgehen.

Tagesereignisse.

— **(Polnische Gemeinheiten.)** In Thorn wurden die Standbilder Friedrichs des Großen und Kaiser Wilhelms I., die in den Nischen der beiden Pfeiler am südlichen Eingangstor der Eisenbahnbrücke aufgestellt sind, in der Weise beschädigt, daß die Gesichter zur Zielscheibe von Gewehrschüssen gemacht wurden. Die Züge sind dadurch völlig unkenntlich geworden. Außerdem sind am Denkmal Friedrichs des Großen Stücke des Hutes und des Knies, am Denkmal des alten Kaisers Streifen des historischen Mantels herausgeschossen. Auch das Denkmal Hermann Balks, des Gründers der Stadt Thorn, ist durch Gewehrschüsse beschädigt.

— **(Die neue Forderung der Ententekommission.)** Der „Berl. Lok.-Anz." meldet aus Meseritz: Die Ententekommission unter Führung eines französischen Obersten fordert die Räumung von Alt-Tirschtiegel, das nach dem deutsch-polnischen Abkommen vom 1. Januar unter deutscher Besetzung bleiben soll. Die Kommission droht bei Nichterfüllung der Forderung mit gewaltsamer Besetzung, während die dort zum Schutze liegende Reichswehrtruppe entschlossen ist, die Stadt zu verteidigen.

— **(Ein „ritterlicher" Franzose.)** Wie der „Täglichen Rundschau" aus Flensburg berichtet wird, hat dort am Sonntag früh der französische Kommandeur der Besatzungstruppen das Krankenauto eines deutschen Sanitätskorps angehalten, um seinen beschmutzten Degen an der Flagge des deutschen Roten Kreuzes zu reinigen.

— **(Gewissenlose Fälschungen.)** Wie dem Vorwärts mitgeteilt wird, stellte die Staatsanwaltschaft wegen der Schleswig-holsteinischen Geländeschiebungen fest, daß in grenzenloser Gewissenlosigkeit die Scheidemann und andere Persönlichkeiten belastenden Briefe gefälscht worden seien. Noblen, der diese Fälschungen zugab, sei auf Grund eines Antrages Scheidemanns in Haft genommen.

— **(Nur Frankreich stellt Besatzungen!)** England hat dem Obersten Rat mitgeteilt, daß es nicht imstande sei, seinen Anteil an Truppen für die Abstimmungsgebiete, wie Schlesien, Schleswig, Allenstein usw. zu stellen. Es wird berichtet, daß Italien den gleichen Schritt getan hat. Die Aufgabe, den Polizeidienst in den Abstimmungsgebieten zu versehen, wird auf Frankreich allein fallen, wie verlautet, war England um die Stellung von 25 Bataillonen ersucht worden. Die Folge davon wäre, daß nur Franzosen in das Abstimmungsgebiet kommen werden, eine Folge, die für uns Deutsche so unwillkommen wie nur möglich ist. Denn von den Franzosen kann man nicht die geringste Objektivität erwarten, die Italiener sind deutschfreundlich, die Engländer wenigstens korrekt zurückhaltend, der Franzose aber ist immer noch unser schärfster Feind. Unsere Regierung kann diese Entschlüsse nicht so ohne weiteres hinnehmen, sie kann es nicht dulden, daß deutsches Gebiet allein der Willkür der Franzosen ausgesetzt ist, die anderen Truppen bildeten denen gegenüber doch ein gewisses Gegengewicht.

— **(Die deutschen Kriegerdenkmäler in Elsaß-Lothringen.)** Nach Meldungen aus Genf hat das schweizerische Rote Kreuz bei der französischen Regierung Vorstellungen erhoben auf Belassung der deutschen Kriegerdenkmäler auf den Schlachtfeldern von 1870/71, deren Entfernung mit anderen Denkmälern deutscher Herkunft in Elsaß-Lothringen von Millerand angeordnet war.

— **(Gegen die Schließung der Eisenbahnwerkstätten in Jena.)** Aus Jena wird dem Berl. Lok.-Anz. gemeldet, daß gegen die Schließung der Eisenbahnwerkstätten in Jena eine stark besuchte Betriebsversammlung Protest erhob und in einer Entschließung die sofortige Einstellung aller Arbeiter verlangte.

— **(Leutnant Vieweg verschwunden.)** Der bekannte Potsdamer Leutnant Karl Vieweg, Progromredner im Offizierskasino und Enthüller im republikanischen Führerbund, ist, nachdem er sich dem Termin am 19. Dezember v. Js., in welchem er als Angeklagter zu erscheinen hatte, durch angebliches Kranksein entzog, jetzt spurlos verschwunden. Selbst ein Haftbefehl, den das Gericht der Reichswehrbrigade 3 in Potsdam gegen ihn erließ, konnte seinen Aufenthalt nicht ermitteln.

Westfalen und Rheinland.

Kamen, 27. Jan. (**Verschiedenes.**) In der Woche vom 4. bis 10. Januar sind im Landkreise Hamm folgende Fälle von übertragbaren Krankheiten amtlich gemeldet worden: Erkrankungen an Diphtherie 3, darunter 1 mit tödlichem Verlauf (je 1 Wiescherhöfen, Lenningsen, Unna), Scharlach 2 (Altenbögge); Todesfälle durch Tuberkulose 3 je 1 Massen, Pelkum, Kamen). — Im ganzen Reg.-Bez. Arnsberg betrug die Zahl der Krankheitsfälle (Todesfälle eingeklammert) bei Diphtherie 69 (6), Genickstarre 1, Kindbettfieber 13 (1), Körnerkrankheit 9, Tuberkulose 72), Pocken 38 (3), Ruhr 1, Scharlach 117 (6), Unterleibstyphus 35 (6), Paratyphus 3.

(**Deutscher Schutzbund und Grenz-Spende.**) Die Organisation der Vorarbeiten und der Durchführung der Volksabstimmungen ist Sache des Volkes selbst. Die Bestimmungen des Friedensvertrages lassen jede Mitwirkung der Reichs- und Staatsbehörden untunlich erscheinen. In dieser Erkenntnis haben sich etwa vierzig große Vereine und Verbände, die die Interessen der Grenz- und Auslandsdeutschen wahrnehmen, im Mai v. J. in dem „Deutschen Schutzbund für die Grenz- und Auslandsdeutschen" zusammengeschlossen, und diese Körperschaft, die mit Hunderten von Unterorganisationen heute wohl das größte deutsche Vereinsgebilde darstellt, ist die Zentralstelle für alle Angelegenheiten der Volksabstimmungen. Sie arbeitet im engsten Einvernehmen mit den Organisationen, die frühzeitig in den Abstimmungsgebieten selbst, von Flensburg, Allenstein, Elbing und Breslau aus, ihre dankenswerte Tätigkeit aufgenommen haben, sie erfreut sich der Unterstützung der anderen größten gemeinnützigen Vereine und der Gewerkschaften, sie verfügt über zehn eigene Zweigstellen und stützt sich auf die Mitarbeit von Hunderten von Arbeitsgemeinschaften oder Hilfsausschüssen im ganzen Reiche. Schließlich haben sich die Deutsche Nationalversammlung und die Preußische Landesversammlung mit ihrer ganzen Autorität hinter den „Deutschen Schutzbund" gestellt und sind in einer vom Präsidenten Fehrenbach einberufenen gemeinsamen Sitzung im Plenarsitzungssaale des Reichstages am 16. Dezember v. J. mit einer machtvollen Kundgebung für die Unterstützung der Arbeiten des „Deutschen Schutzbundes" durch das ganze Volk eingetreten. Dessen dringlichste und wichtigste Aufgabe ist jetzt die Beschaffung der vielen Millionen, die nötig sind, um die große Masse der rund 300 000 Stimmberechtigten — in der überwiegenden Mehrheit gering bemittelte Angehörige der werktätigen Bevölkerung — von ihrem Wohnort im Reiche an den Geburts- und Abstimmungsort hin- und wieder zurückzubringen, sie während der Reise zu verpflegen, Unterkünfte auf Uebergangsstationen zu besorgen usw. Diese Millionen werden unter dem Namen „Grenz-Spende" gesammelt. Einzahlungen können bei den Banken oder auf Bankscheckkonto Berlin Nr. 73 776 erfolgen.

Das Berliner Tageblatt erfährt von zuständiger Stelle über die Schwierigkeiten in der Brotversorgung, daß alle beunruhigenden Gerüchte über eine demnächst erfolgende Verkürzung der Brotration unwahr seien. Es sei vom Reichsernährungsministerium nur in Aussicht genommen worden, die Ausmahlung auf 90 Prozent heraufzusetzen. — Wie der B. Z. dagegen gemeldet wird, teilte ein Regierungsvertreter in der Sitzung des Badischen Landtages mit, daß die tägliche Brotkopfmenge bei der Brotversorgung von 260 auf 200 Gramm herabgesetzt werden müsse.

(**Rheinisch-Westfälisches Kohlensyndikat.**) Die in Essen abgehaltene Zechenbesitzerversammlung beschloß, beim Reichskohlenverband eine Kohlenpreiserhöhung für den 1. Februar 1920 zu beantragen, die den erhöhten Ausgaben für Löhne, Gehälter und Materialien sowie der Notwendigkeit Rechnung trägt, die Anlagen wieder so instand zu setzen, daß die jetzige Förderung erhalten und die Friedensförderung wieder erreicht wird.

(**Ausfuhrverbot für Leder- und Holzwaren.**) Der „Reichsanzeiger" veröffentlicht eine Bekanntmachung betr. das Verbot der Ausfuhr von Waren des Abschnittes 6 des Zolltarifes (Leder und Lederwaren, Kürschnerwaren, Waren aus Därmen), sowie des Abschnittes 10b des Zolltarifes (Holzwaren) und eine Bekanntmachung betr. Sitz und Geschäftsbereich der Spruchkommission.

(**Verminderte Beleihung von Wertpapieren.**) Um den mehr und mehr in die Erscheinung tretenden Auswüchsen der Börsenspekulation zu begegnen, sind die in der Vereinigung von Berliner Banken und Bankiers zusammengeschlossenen Banken und Bankhäuser übereingekommen, in Zukunft Beleihungen von Wertpapieren nur noch in Höhe von 50% ihres Kurswertes vorzunehmen. Ausgenommen hiervon sind nur die deutschen festverzinslichen Werte und die deutschen Vorzugsaktien mit einer begrenzten Dividende. Soweit zurzeit noch Kredite gegeben sind, die diesen neuen Vorschriften nicht entsprechen, müssen sie bis zum 15. Februar 1920 den neuen Bedingungen angepaßt sein.

Nach einer beim Oberbürgermeister der Stadt Essen eingegangenen drahtlichen Mitteilung des Reichsministers des Innern haben Verhandlungen mit dem Ziel: allgemein bei den Beamten die 8stündige Arbeitszeit wieder einzuführen, beim Deutschen Beamtenbund zu einem grundsätzlichen Einverständnis geführt.

Niederaden, 27. Jan. **Diebe** drangen in der Nacht vom 22. zum 23. ds. Mts. in die Wohnräume der Witwe Bertram hierselbst und räuberten einen Kleiderschrank vollständig aus. Der Wert der gestohlenen Kleidungsstücke ist bedeutend.

•

Ein Hamsterzug Königsborner Bergleute nach Uelzen.

Unna, 27. Jan. Gleich der Belegschaft des Schachtes I der Zeche Königsborn beschloß auch die Belegschaft des Schachtes II am 17. März v. Js., am nächsten Tage die Landwirte benachbarter Dörfer aufzusuchen, um sie zur Herausgabe von Lebensmitteln für die Bergleute aufzufordern. Am 18. März in der Frühe trat die etwa 600 Mann starke Belegschaft an. Es wurden drei Züge gebildet, deren Führung Mitglieder des Arbeitsausschusses übernahmen, die mit einer Bescheinigung der Zechenverwaltung versehen waren, daß die Gewerkschaft Königsborn alle auf- und eingebrachten Lebensmittel bezahlen werde. Den Zügen zugeteilte Personen hatten die Aufgabe, den Landwirten über die erhaltenen Lebensmittel Quittung zu erteilen. Die Lebensmittel sind von der Zeche dann an die Belegschaft zum Einstandspreis verteilt worden. Bei dem einen rund 300 Mann starken Zug, der den Weg nach Uelzen nahm, befanden sich die Samstag unter der Anklage des Landfriedensbruchs und der Uebertretung von Kriegsverordnungen vor der Strafkammer erschienenen Bergarbeiter Johann Lewandowski aus Unna sowie Wilhelm Liese und Emil Mecklenbräucker aus Mühlhausen. Lewandowski war bestimmt, Quittungen auszustellen, die beiden anderen waren bloße Teilnehmer an dem Zuge, in dem sich auch einige mit Gewehren bewaffnete Personen befanden. Während die Führer des Zuges, die die Angeklagten nicht kennen wollen, in die Gehöfte gingen, sollte der Zug auf der Straße bleiben. Diese Anordnung fand jedoch nicht lange Beachtung. Denn als der Zug an das etwas abseits belegene Gehöft der Witwe Potthoff kam, ergoß sich die Menge johlend in den Hof und rief: „Butter, Eier, Schmalz heraus!" Da die Witwe Potthoff erklärte, solche Lebensmittel nicht zu haben, und sich auch weigerte, die Haustür zu öffnen, versuchte die Menge, die Tür gewaltsam zu öffnen, riß die Fensterladen ab und drang in das Haus ein. Dort trat ihnen die Tochter der Witwe Potthoff entgegen und verstand sich, eingeschüchtert durch die Menge, zur Herausgabe von 1 Zentner Kartoffeln, 2 Zentner Roggen und einem Schinken. Da kam Lewandowski, der von Liese aufmerksam gemacht worden war, daß es bei Potthoffs „lustig" zugehe, herzu und brachte die Menge zur Vernunft und Ordnung. Er konnte es aber nicht verhindern, daß Potthoffs noch ein Kalb weggenommen wurde. Außerdem vermißten Potthoffs nach Abzug des Zuges einen Geldbetrag von etwa 150 Mark, der aus einem Koffer gestohlen worden war. Auf dem Potthoffschen Hofe haben auch Liese und Mecklenbräucker sich besonders bemerkbar gemacht. Von Potthoffs begab sich der Zug zur Eiersammelstelle bei Hartlef, wo trotz der Intervention des Unnaer A.- und S.-Rates 400 Eier requiriert wurden. Daß sie mit ihrer „Hamsterei" sich der Uebertretung kriegswirtschaftlicher Anordnungen schuldig machten, wollen die Angeklagten nicht gewußt haben. Sie wurden unter Freisprechung im übrigen wegen dieser Uebertretung zu je 150 Mark Geldstrafe verurteilt. Lewandowski hatte am vergangenen Dienstag wegen der Eiergeschichte bei Hartlef vom Schöffengericht Unna bereits eine Geldstrafe von 30 Mark erhalten.

•

Einbrecher- und Hehlerbande vor Gericht.

Lünen, 27. Jan. Im vergangenen Winter und dem Frühjahr wurden in Lünen eine Reihe z. T. recht umfangreicher Diebstähle ausgeführt. Den eifrigen Nachforschungen des Kriminaloberwachtmeisters Rahe gelang es, den Einbrechern, die mit großer Frechheit ans Werk gegangen waren, auf die Spur zu kommen und die Bürgerschaft Lünens von dem ob der Tätigkeit der Einbrecher auf ihr lastenden Alpdruck zu befreien. So erschienen Samstag nicht weniger als 10 Angeklagte wegen Diebstahls bezw. Hehlerei an der Anklagebank der Strafkammer und zwar der Dreher Friedrich Schulte, der Bergmann Heinrich Rautert, der Schlosser August Kotz, der Schlosser Heinrich Ricono (ein Italiener), der Bergmann Friedrich Franz, der Wirt August Langenbach, dessen Ehefrau Lina Langenbach, der Musiker Jakob Baltes und der Stadtbote Wilhelm Kalinowski mit seiner Ehefrau. Als Diebesbande hatten sich Schulte, Rautert, Kotz und Ricono zusammengefunden, denen sich in einem Falle auch Franz angeschlossen hatte. Es sind meist junge Burschen, die von der allgemeinen Demoralisation infolge des Krieges ergriffen worden sind. Nachgewiesen wurde ihnen, daß sie der Witwe Schemmann in Lünen zunächst eine Kuh im Werte von 3000 Mark aus dem verschlossenen Stalle stahlen und abschlachteten, dann kurze Zeit darauf dort wieder einbrachen, um noch 2 Läuferschweine im Werte von 600 Mark aus dem Stalle zu holen. Im März wurden dem Bergmann Scheidchen ein Schwein und eine Ziege gestohlen. Durch Vermittlung des Baltes und der Eheleute Kalinowski verkauften sie das Fleisch der so erlangten Tiere u. a. an den Wirt August Langenbach für 4 Mark das Pfund, indem angeblich gesagt wurde, daß es sich um Fleisch handle, das im Wege des Schleichhandels erworben worden sei. Aus der Wohnung des Direktors des Kupferwerks Kaiser & Co., Mark, holten sie Filtersäcke, deren Wert auf 6000 Mark angegeben wird, und einen Teil der Wohnungseinrichtung; jene entdeckte der Kriminaloberwachtmeister Rahe in Essen, diese in einem Bordell in Hagen. Der Firma Potthoff & Fluhme wurden 2 Treibriemen entwendet. Auch die Unruhen machten sich die Diebe zunutze, indem sie die Wohnung des Bürovorstehers Hallermann ausräumten. Die hier erbeuteten Haushaltungsgegenstände wurden bei einer Frau Richter, einer Schwester der Wirtin Langenbach, in Essen beschlagnahmt. Nach Annahme der Staatsanwaltschaft haben sich die Diebe in der Wirtschaft Langenbach getroffen, um vermutlich auf Anstiften der Frau Langenbach ihre Diebeszüge zu beraten, und ist die Wirtschaft Langenbach als Diebes- und Hehlernest anzusehen. Die Strafkammer verurteilte den noch unbestraften Dreher Friedrich Schulte wegen 4 schwerer und eines einfachen Diebstahls zu 2 Jahren 3 Monaten Gefängnis, den vorbestraften Bergmann Heinrich Rautert zu 2 Jahren 3 Monaten Zuchthaus, den vorbestraften Schlosser August Kotz zu 2 Jahren 6 Monaten Zuchthaus, wegen 3 schwerer Diebstähle den jugendlichen Italiener Ricono zu 1 Jahr Gefängnis, wegen eines schweren Diebstahls den Bergmann Friedrich Franz zu 9 Monaten Gefängnis; den drei ersten wurden 9 Monate, dem Ricono 8 Monate und dem Franz 1 Monat Untersuchungshaft angerechnet. Frau Langenbach wurde von der Anklage der Hehlerei freigesprochen, weil die Beweise dafür nicht ausreichten, daß sie um die Herkunft der erworbenen Sachen gewußt; der Wirt Langenbach erhielt 1 Monate Gefängnis wegen Hehlerei. Der Musiker Jakob Baltes kam mit 1 Monat Gefängnis (wegen Hehlerei) davon, der durch die fünfmonatige Untersuchungshaft als verbüßt erachtet wurde. Das Verfahren gegen die Eheleute Kalinowski wurde abgetrennt. Ein 11. Angeklagter Mehls war nicht erschienen.

•

Der Mord in Müllingsen bei Soest.

Dortmund, 26. Jan. Im weiteren Verlauf der Schwurgerichtsverhandlungen in dem Mordprozeß gegen den Knecht Heinrich Nölle fand die Zeugenvernehmung statt. Der Arbeiter Paul Galinski, jetzt Bergmann in Schüren, war im vergangenen Jahre als Arbeiter bei Schulte-Müllingsen beschäftigt. Er nahm an dem Tage, als Schulte ermordet wurde, an der Fahrt in den Wald teil. Als sie dort angekommen waren, dauerte es nicht lange, da fiel ein Schuß. Nölle traf erst auf dem Arbeitsplatz ein, als die übrigen schon ihr Frühstück verzehrt hatten; er fragte gleich, ob die Leute auch den Schuß gehört hätten. Als die Leute auf dem Rückwege die Leiche des Schulte fanden, war es der Angeklagte, der bemerkte, der Mann möge sich wohl selbst erschossen haben. Da man neben der Leiche keine Waffe fand, wurde auf Vorschlag des Nölle die Umgegend abgesucht. Am folgenden Tage fuhren die Arbeiter, welche an der Fahrt in den Wald teilgenommen, zu ihrer Vernehmung nach dem Amte Lohne. Unterwegs schärfte Nölle den Leuten ein, sie möchten sämtlich gleich aussagen, damit nicht etwa einer von ihnen in den Verdacht der Tat komme und wenn die Sache vielleicht erst nach 10 Jahren herauskomme. In der Spinnstube hat Nölle nach der Meinung des Zeugen durch allerlei Manipulationen die Zeugen zu beeinflussen versucht, bei ihrer Vernehmung vor dem Untersuchungsrichter bezüglich der Farbe seines Mantels gleichmäßige Angaben zu machen. Der Angeklagte war im Besitze eines grauen und eines schwarzen Mantels, an dem letzteren befanden sich Blutflecken. Der Angeklagte wünschte, die Zeugen möchten aussagen, er habe an dem betr. Tage den grauen Mantel getragen. Die Angeklagte behauptete, das Blut rühre von einer alten Wunde her, die er sich aufgestoßen habe, so daß sie blutete. Das Blut habe er mit dem Mantel abgewischt. Der folgende Zeuge, Knecht Wilhelm Niehörster, war ebenfalls mit im Walde. Als der Angeklagte zu den übrigen Zeugen trat, habe er bemerkt, es wäre ein Schuß gefallen, da sei er erst hingewesen. Diese letztere Angabe war ganz neu. Auf dem Amte Lohne ist nur Nölle vernommen worden, die anderen haben dessen Aussage unterschrieben. Auch dieser Zeuge hat unterschrieben, obschon er wußte, daß Nölle nicht ganz bei der Wahrheit geblieben sei; er hat aus Furcht vor Nölle unterschrieben, da dieser gedroht habe. Auch der folgende Zeuge, Georg Niehörster, ein Bruder des vorigen Zeugen, hat geschwiegen, weil er Furcht vor Nölle hatte. Schon am Abend desselben Tages, an dem der Mord passiert war, kam Nölle an das im Pferdestall befindliche Bett der beiden Zeugen und sagte, sie möchten unter keinen Umständen aussagen, daß er sich auf dem Wege in den Wald eine Zeitlang von den übrigen Leuten entfernt habe. Vorsitzender: Sie müssen doch entsetzliche Angst gehabt haben, daß bekannt würde, daß Sie nicht immer bei den übrigen Leuten gewesen seien. Oder war es etwa das böse Gewissen, das Sie trieb? Angeklagter: Ich habe kein böses Gewissen, ich wollte nur das Aufkommen eines falschen Verdachts gegen mich verhindern! Die Familie des Ermordeten hat öffentlich eine Belohnung von 10 000 Mark auf Ermittelung des Mörders ausgesetzt. Es soll nun, wie die Verteidigung behauptet, ein Bruder des Schulknaben Dietrich, der bei dem Angeklagten ein Gewehr gesehen haben will, geäußert haben: Der Anspruch auf die 10 000 Mark kommt unserer Familie zu! Es soll damit angedeutet werden, daß die Angaben des Knaben Dietrich mit größter Vorsicht aufzunehmen sei. Der Junge ist jetzt auf dem Hofe von Schulte-Müllingsen beschäftigt. Der Polizeisergeant Haak aus Müllingsen bekundet, der Schuß gegen Schulte müsse aus einer Entfernung von etwa einem Meter abgegeben sein, da die Kleider Brandspuren aufwiesen. Dem Ersuchen des Polizisten, die Leiche, die mitten auf der Straße lag, mit auf den Wagen zu heben, kam Nölle nicht nach, er könne dem Herrn nicht in das Gesicht schauen. Nölle zitterte auch am ganzen Körper, weshalb ihn der Beamte fragte, ob er denn so friere? Nölle entgegnete, es sei ihm so eigen! Dem Ehrenamtmann Schulze-Lohne ist aufgefallen, daß der Angeklagte sehr niedergeschlagen war, der Zeuge hielt das aber erklärlich, da der Angeklagte gegen 15 Jahre auf dem Hofe beschäftigt war. Um 8 Uhr abends wurde die Verhandlung auf Samstag vertagt.

Samstag früh wurde die Verhandlung fortgesetzt. Mit großem Interesse sah man der Vernehmung des Knaben Karl Dietrich entgegen, der in dem Prozesse eine große Rolle spielt. Er sagte aus: Am Morgen des 27. Januar (dem Mordtage) befand ich mich auf dem Wege zur Schule. Auf dem Wege begegneten mir erst die Leute mit dem Schultekschen Holzwagen. Die Leute sagten mir, ich möge mich beeilen, sonst komme ich zu spät zur Schule. Nach einiger Zeit kam mir der Angeklagte entgegen, der mich festhielt und sagte, ich möge einen anderen Weg zur Schule einschlagen, da unten wären drei Mann, die mich verprügeln wollten. Nölle hatte einen schwarzen Mantel an, den der Wind für einen Augenblick auseinander schlug. Da sah ich, daß Nölle ein Gewehr unter dem Mantel trug, ich sah deutlich den Kolben und ein Stück des Gewehrlaufes. Ich sagte dem Nölle, er habe ja ein Gewehr, da könne er ja nach den Leuten schießen. Nölle sagte, das ist kein Gewehr, sondern eine Axt! Der Angeklagte hat dann den Jungen an der Schulter gefaßt und ihn veranlaßt, einen andern Weg über

---

Das stolze Schweigen

Roman von H. Courths-Mahler.

78. Fortsetzung.

Walter von Rainsberg hatte inzwischen ein keineswegs beneidenswertes Leben geführt. Trotzdem er nun der reiche Majoratsherr war, freute ihn doch sein Reichtum nicht. Es war zur fixen Idee bei ihm geworden, daß er trotz allem, was auf seinem Gewissen lastete, hätte glücklich werden können, wenn Ruth die Seine geworden wäre. Daß sie ihn abgewiesen hatte, war sein größtes Unglück. Ihretwegen hatte er seine Seele mit Schuld beladen. So sicher war er gewesen, daß sie seine Frau werden würde, wenn er der reiche Majoratsherr geworden war. Er dachte sehr gering von den Frauen und hielt alle im gewissen Sinne für käuflich. Und nun hatte ihn Ruth abgewiesen, mit Abscheu und Entsetzen, als ahne sie, daß er ein fluchbeladener Verbrecher sei. Sie war lieber in eine bezahlte Stellung gegangen, um sich ihr Brot zu verdienen, als daß sie an seiner Seite Herrin von Rainsberg geworden wäre. Ja — wenn Hans als Majoratsherr zu ihr gekommen wäre — ihn hätte sie sicher nicht abgewiesen — mit ihm wäre sie wohl sogar in Not und Armut glücklich geworden.

Er knirschte mit den Zähnen, wenn er daran dachte, und der Haß auf Hans fraß sich mehr und mehr in seine Seele. Immer fester glaubte er daran, daß Ruth doch die Seine geworden wäre. Wie ein tödliches Gift wirkte dieser Haß auf Hans. Und er sann unablässig darüber nach, wie er ihn und Ruth auf die Dauer trennen konnte. Bis das Trauerjahr um war, würde Hans sich Ruth nicht nähern, weil er glauben mußte, daß sie mit ihm verlobt war. Aber wenn dies Jahr zu Ende war und es erfolgte keine Verbindung zwischen ihm und Ruth — würde Hans dann nicht forschen und fragen und die Wahrheit erfahren?

Dieser Gedanke machte Walter rasend und sein Haß auf Hans stieg ins Grenzenlose.

Dazu kam noch etwas, um seinen Haß zu vergrößern. Er fühlte sich von Hans durchschaut, wußte, daß dieser ihn im Verdacht hatte, den Tod des Onkels herbeigeführt zu haben. Deutlich genug zeigte er ihm ja seine Verachtung. Und wenn auch nicht zu befürchten war, daß Hans den Namen Rainsberg an den Pranger stellte, so lebte in ihm doch ein ewiger Mahner an seine Schuld.

Und diese Schuld selbst trieb den Unseligen Tag und Nacht ruhelos umher. Sie quälte ihn derart, daß er glaubte, den Verstand zu verlieren. Es gab Tage, an denen er in jeder dunklen Ecke die Erscheinung des Ermordeten zu sehen glaubte. Immer sah ihn diese Erscheinung mit mahnenden Augen an, als wollte sie ihn zwingen, sein Verbrechen zu sühnen. Er floh dann aus einem Zimmer ins andere und dann hinaus in den Wald. Aber die Erscheinung folgte ihm, in einer unentwegten Beharrlichkeit, bis er wie von Sinnen zusammenbrach.

Es war ein furchtbares Leben, das er führte, und natürlich zehrten diese Aufregungen an seiner ohnehin schwächlichen Gesundheit.

Die Dienerschaft war längst darüber einig, daß ihr Herr nicht zurechnungsfähig sei und einer nach dem andern verließ Rainsberg, weil sich die Leute vor dem aufflammenden Wahnsinn in den Blicken ihres Herrn fürchteten.

Im Winter war Walter noch zuweilen ausgefahren und hatte hier und da eine tolle Nacht verbracht, um sich zu betäuben.

Einmal hatte Walter von Rainsberg auch die ganze Dienerschaft durcheinander gesetzt mit dem Befehl, alles zu einer großen Reise für ihn zu richten. Er wollte auf lange Zeit von Rainsberg fortgehen und hoffte so dem unheimlichen Mahner zu entfliehen.

Als er aber dann im Eisenbahnzug in einem Abteil erster Klasse saß und müde die Augen schloß, da stand auch hier die furchtbare Erscheinung des Ermordeten vor seiner Seele.

Er sprang vor Entsetzen auf und zog die Notleine. Der Zug hielt. Er stammelte etwas von Zerstreuung, bezahlte die Strafe und kehrte an der nächsten Station wieder um. Er entfloh dem Mahner in seiner Brust nicht, daß wußte er nun.

Und immer wieder redete er sich ein, daß er, wenn Ruth als seine Frau neben ihm lebte, Ruhe und Frieden hätte wiederfinden können.

Und dann kam ihm ein Gedanke, der ihn aufscheuchte:

„Wenn Hans nicht mehr am Leben wäre, wenn Ruth sich keine Hoffnung mehr machen konnte, dessen Frau zu werden — dann würde sie vielleicht doch noch die Seine werden."

Dieser Gedanke setzte sich in seinem kranken Hirn fest. Er schickte den Diener zu sich und fuhr nach der Stadt.

Stundenlang, bis in die Nacht, umschlich er das Haus, in dem Hans wohnte, unklare Vorstellungen in seinem Hirn umherwälzend, wie er diesen töten wollte. Alles das war gerade in den Tagen, da Hans in Berlin weilte. Sein guter Stern hatte ihn davor bewahrt, das zweite Opfer eines halbwahnsinnigen Verbrechers zu werden. Walter war alle vergeblich.

Als er nach Rainsberg zurückkehrte, hatte er eine furchtbare Nacht. Er fand nicht Ruhe vor der Erscheinung, die ihm sein böses Gewissen vor die Sinne zauberte. Schließlich betrank er sich sinnlos, wie schon oft in dieser Zeit, um dann in einen bleiernen Schlaf zu sinken.

Danach fühlte er sich so schlecht, daß er einige Zeit das Bett hüten mußte. Er hatte nicht die Kraft, sich zu erheben. Und in dieser erzwungenen körperlichen Ruhe peinigten ihn seine Gedanken unsagbar.

Einen Arzt wollte er nicht sehen, trotzdem Frau Reinhardt ihn dringend darum bat, einen solchen herbeirufen zu dürfen. Er wies sie schroff ab und nach einigen Tagen begann er sein ruheloses Umherschweifen von neuem.

Den Gedanken, Hans ebenfalls zu erschießen, hatte er aufgegeben. Eine dumpfe, stumpfe Ergebenheit kam über ihn und er lebte eigentlich nur noch im Rausch. Der Alkohol brachte ihm auf kurze Zeit Vergessen, zehrte aber auch seine letzten Kräfte auf.

Und dann kam eine Nacht, in der er den Kampf gegen den unheimlichen Mahner aufgab, der immer vor oder hinter ihm stand und ihm befahl, sein Verbrechen zu sühnen.

An einem wundervollen Maienmorgen fand man ihn tot an seinem Schreibtisch sitzen. Seiner Hand war der Revolver entglitten, der seinem verfehlten Leben ein Ziel gesetzt hatte.

Niemand hatte den Schuß gehört, denn im Westflügel wohnte nur er allein. Seinen Kammerdiener hatte er am Abend in einer auffallend ruhigen Stimmung entlassen, wie man sie bei ihm nicht mehr gewöhnt war.

(Fortsetzung folgt.)

das Feld zur Schule einzuschlagen. Wäre er geradeaus gegangen, dann würde der Junge gleich auf die Leiche des Ermordeten gestoßen sein. In der Schule erzählte der Junge, daß ihm drei Mann hätten verprügeln wollen, ebenso, daß er bei Nölle ein Gewehr gesehen habe. Diese Mitteilung hatte er auch nachher, als bekannt wurde, Schulte sei tot, im Dorfe erzählt, was gleich den Verdacht wach rief, Nölle könne mit der Tat in Verbindung stehen. Im weiteren erzählte der Junge, daß der Angeklagte an zwei Abenden nach dem Tode Schulte-Mühlingsens in das Haus seiner Eltern gekommen sei, um auf ihn einzuwirken, er möge ja nichts davon sagen, daß er ihn im Walde getroffen habe, vor allem nichts davon, daß er ein Gewehr bei ihm gesehen haben wolle. Aus Angst vor dem Angeklagten, der bei der Unterhaltung bemerkte: Wenn ich in Wut gerate, dann könnte ich einen sofort totschlagen! habe er versprochen, von der Begegnung nichts zu sagen. Der Angeklagte bestritt in scharfer Weise die Angaben des Jungen, es sei nicht wahr, daß dieser bei dem Zusammentreffen mit ihm von einem Gewehr gesprochen habe, das er bei ihm gesehen. Hätte er davon gesprochen, so würde er ihm gleich einige links und rechts gegeben haben bezw. ihm das vermeintliche Gewehr unter die Nase gehalten haben. Der Vorsitzende bemerkte hierzu, der Angeklagte habe doch, wenn er unschuldig war, gar keine Veranlassung gehabt, sich ob der Aeußerung des Knaben zu erregen. Der Junge ist kurzsichtig, er trug aber an jenem Tage eine Brille. Es soll aber der Arzt geladen werden, der die Brille verschrieben hat, ebenso soll diese selbst beschafft werden. Jetzt hat sich das Auge des Zeugen gebessert. Der Angeklagte sowie der Verteidiger suchen die schwerbelastenden Angaben des Zeugen zu entkräften, Widersprüche wachzurufen, der Zeuge bleibt jedoch, obschon seine Vernehmung stundenlang dauerte, bei seinen Angaben. Der Staatsanwalt will wissen, aus welchem Grunde denn der Angeklagte den Jungen auf dem Schulwege anhielt und ihn geradezu zwang, einen anderen Weg einzuschlagen, ihn an der Schulter faßte und zurief: „Lauf, lauf!“ Obschon er — der Angeklagte selbst — von einem Schusse nichts gehört hatte. Der Angeklagte weiß darauf nichts anderes zu erwidern, als: Da der Junge mir sagte, er habe einen Schuß gehört, so wollte ich verhüten, daß ihm etwa auf dem Wege etwas passiere. Der Staatsanwalt hält dem Angeklagten vor, er habe den Jungen doch sofort widerlegen können, wenn er ihm die Axt gezeigt habe, falls er eine solche und nicht ein Gewehr bei sich führte. Der Verteidiger betont, diese Unterlassung spreche doch gerade für das gute Gewissen des Angeklagten, denn er werde sich gesagt haben, was geht es mich an, was so ein Junge denkt, ob ich ein Gewehr oder eine Axt bei mir habe.

*

Brackel, 26. Jan. **(Diebstahl.)** Der bereits wegen Diebstahls vorbestrafte Dreher Karl Jande und der Arbeiter Leo Krameier von Dortmund machten einen Ausflug nach Brackel, um dort aus einem verschlossenen Stalle ein Schwein zu stehlen. Ein Bahnbeamter faßte die beiden Diebe ab, als sie das Schwein heimführen wollten. Dem Antrage des Staatsanwalts gemäß verurteilte die Strafkammer den Jande wie den Krameier zu 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis.

Schwerte, 22. Jan. **(Schweinediebstahl.)** Nachts wurden dem pensionierten Polizeibeamten Bertscheid auf der Hüsingheide ein schon gut herangemästetes Schwein aus dem Stalle gestohlen und vor dem Hause abgeschlachtet. Leider fehlt von den Spitzbuben noch jede Spur, doch kann es sich nur um Personen handeln, die mit den örtlichen Verhältnissen gut vertraut waren.

* **Altenberge**, 21. Jan. **Der Mord,** der an der Ehefrau Mühlenberger verübt wurde, scheint in etwa aufgeklärt zu werden. Bekanntlich wurde die Frau, die mit ihrem Manne abends bei ihren Eltern, den Köttersleuten Schröder, weilte, durch einen Revolverschuß in den Kopf auf der Stelle getötet. Der Schuß war durch das Fenster abgegeben worden. Der Ehemann, der sich damals sofort bewaffnet nach draußen begab, um nach dem Täter zu sehen, ist jetzt unter dem Verdacht der Anstiftung zum Morde verhaftet und ins Gefängnis nach Burgsteinfurt gebracht worden. Die Veranlassung zu der Anstiftung zum Morde wird darin vermutet, daß M. ein Verhältnis mit einer in Ehescheidung lebenden Frau unterhielt, wobei ihm seine Frau hinderlich war. Die Untersuchung muß ergeben, wieweit die Verdachtsmomente begründet sind und wer der Mörder ist, der von dem M. zu der Tat überredet wurde.

TU **Boppard**, 26. Jan. **Die Rheinische Vereinigung zur Verbreitung der Interessen der Rheinlande** wurde hier gegründet. In einer einstimmig angenommenen Entschließung fordert die Vereinigung in Uebereinstimmung mit dem Reichsparteitag der Zentrumspartei und im Sinne des deutschen Föderativstaates mit aller Entschiedenheit die sofortige Aufteilung des alten Preußens als unabweisbare Vorbedingung für die Gesundung Deutschlands und weiter Autonomie für die neugewählten Gliedstaaten. Für das besetzte Gebiet verlangt sie aus Gründen der inneren und äußeren Politik ein auf freier Wahl der Bevölkerung beruhendes Parlament.

Ein Neujahrsbrief des Kaisers.

In der ausländischen Presse wird ein Neujahrsbrief Kaiser Wilhelms veröffentlicht, dessen Echtheit sich natürlich von hier aus kaum nachprüfen läßt. Aus den Andeutungen der ausländischen Blätter geht hervor, daß der Brief an den Fürsten von Fürstenberg in Donaueschingen gerichtet ist. In dem Schreiben heißt es:

Lieber Freund! Wie haben Sie Fest und Jahreswende verlebt? Ich freute mich, als Müller, der mit Wilhelm kam, mir sagte, in den Herzen meines Volkes brenne mir mancher Weihnachtsbaum, aber ich bin ohne Hoffnung für mich und fast ohne Wunsch. Die Zukunft ist dunkel und wenn ich an die Meinen in Potsdam denke, habe ich trübe Stunden. Wilhelm klagt oft brieflich und mündlich über Restriktionen, weil alles so teuer und er etwas beschränkt ist durch Cäciliens Verluste in russischen Papieren. Ich habe wiederholt ausgeholfen, bin aber dafür, daß er sobald als möglich mit den Seinen nach Oels geht, wo er billiger lebt. Von allen Kindern hatten Victoria und ich Weihnachtsgruppe, außer Eitel, der selbst hier war, freilich nicht ohne die bekannten Froissements. Was sagen Sie zur gewaltsamen widerrechtlichen Veröffentlichung meiner Briefe an Nikolaus? Diese Leute haben keinen Funken Anstand im Leibe und ich muß froh sein, wenn es ohne Entstellungen abgeht. Ich habe übrigens Löwenfeld schreiben lassen, er soll gegen die Veröffentlichung der Privatbriefe protestieren, aber da die Veröffentlichung in den Feindesländern erfolgt, wird er weniger Aussicht haben, als im Falle Bismarck. Daß auch ein deutsches Blatt an diesen Schmutzereien teilnimmt, wundert mich nicht — nach der Behandlung, die ich von diesem Volk erfahren habe und noch täglich erfahre. Ich hege nicht den Wunsch, je nach Deutschland zurückzukehren. Der Anblick des Zusammenbruches durch eigene Schuld wäre mir zu schmerzlich. Dazu das Gefühl, daß alle mich betrogen und dann verlassen haben. Ich werde es nicht los nach allem, was ich von dem famosen „Untersuchungsausschuß“ las, das Gefühl, hinters Licht geführt zu sein, selbst von Männern wie Bethmann und Ludendorff, von Tirpitz ganz zu schweigen. Vielleicht kommt mein Mißtrauen aus der Einsamkeit, in der ich lebe und die nur zuweilen durch Besuche von Wilhelm oder Eitel oder Krieges (der frühere Ministerialdirektor Kriege im Auswärtigen Amt. D. Schriftltg.) unterbrochen wird, der sich als Getreuer erweist wie immer, auch jetzt, wo es Courage erfordert, treu zu sein. . . . . Ich habe jetzt gesundheitlich viel zu leiden. Die alten Schmerzen im rechten Bein und Arm, oder seelisch angesichts der ungewissen Zukunft, was wird werden? Ich hoffe nichts Günstiges, da seit Nicolaus' tragischem Ende unter den Kugeln der Kaisermörder das monarchische Solidaritätsgefühl aus der Welt gegangen ist und die anderen vielleicht glauben, ihre Krone zu sichern, indem sie mich preisgaben. . .“

Das Eisenbahnverbrechen bei Schneidemühl.

Zu dem Schneidemühler Eisenbahnunfall wird amtlich weiter gemeldet: Der mit gewöhnlicher Geschwindigkeit fahrende Eilgüterzug Nr. 6117 durchfuhr die etwa 1,6 Kilometer vor der Unfallstelle liegende Blockstation Theerofen um 1,41 Uhr nachts. Bald darauf spürte das Zugbegleitpersonal einen schwachen Ruck im Zuge und unmittelbar darauf einen stärkeren, wobei die Lokomotive umfiel und der Packwagen fast zertrümmert wurde. Eine Anzahl Wagen stürzten zur Seite auf das nebenliegende Gleis in der Richtung Schneidemühl—Berlin. Obgleich das Personal des Zuges hierdurch stark erschüttert u. teilweise in den Trümmern festgeklemmt war, traf es nach wenigen Augenblicken der Sammlung Maßnahmen, um den auf dem Nachbargleis fälligen D-Zug zu warnen und die Strecke zu sperren. Ein Schaffner lief, nachdem er seine Handlaterne entzündet hatte, mit der vorgedachten Handlaterne dem D-Zug entgegen, wobei die Laterne infolge des Windes wieder erlosch. Da der D-Zug herankam, legte er schnell drei Knallkapseln in etwa 300 Meter vor der Unfallstelle auf die Schienen, wo die verbrannten Knallkapseln nachher gefunden wurden. Der Lokomotivführer des D-Zuges nahm die Signale wahr und betätigte darauf sofort die Schnellbremse. Bei der geringen Entfernung und da der Zug im Gefälle 100 bis 200 fuhr, gelang es ihm jedoch nicht, den Zug vollständig zum Halten zu bringen. Infolgedessen fuhr der D-Zug, der den drei Kilometer vor der Unfallstelle liegenden Bahnhof Stoewen um 1,47 Uhr nachts durchfahren hatte, mit unverminderter Geschwindigkeit auf die im Fahrgleis liegenden Wagen des Eilgüterzuges auf, wobei die Lokomotive entgleiste, der Packwagen sich seitwärts in den ersten vollbesetzten Personenwagen schob und dadurch die beklagenswerten Opfer verursachte. Wäre der D-Zug nicht gebremst worden, so wäre das Unglück sicherlich erheblich schwerer geworden. Unter Leitung eines Geheimen Baurates vom Ministerium der öffentlichen Arbeiten und mehrerer höherer Beamter der Eisenbahndirektion Osten an Ort und Stelle vorgenommenen Untersuchungen ergaben, daß von der im Fahrgleise des Güterzuges rechts liegenden Schiene an der Unfallstelle die Laschenschrauben gelöst, mit den Laschen neben das Gleis gelegt und auch an einer Anzahl Schwellen die Schrauben entfernt worden waren, die die Schienen auf den Schwellen festhielten. Ob die Schienen zur Seite gedrückt oder umgekippt waren, konnte nicht mehr ermittelt werden. Fest steht jedoch, daß eine Lücke im Gleise vorhanden war. An der Schiene, die vor der gelösten liegt, war aus den vorhandenen Spuren ersichtlich, daß der Versuch, sie zu lockern gescheitert war. Die Unfallstelle liegt für das Attentat günstig. An der einen Seite stößt das Waldstück bis an die Strecke; auf der anderen Seite reicht eine hohe Böschung heran. Die Strecke ist von dem zuständigen Wärter vor dem Unfall zuletzt um 10 Uhr nachts begangen worden. Weder er, noch die ihm benachbarten Schrankenposten nahmen etwas Auffälliges wahr. Etwa 40 Minuten vor dem Unfall fuhr noch ein Güterzug, ohne daß irgend etwas Verdächtiges bemerkt wurde, über das Gleis. Der Oberbau an der Unfallstelle war nach der Untersuchung in einem tadellosen Zustande. Es handelt sich um schweren Oberbau mit Steinschlag, eichenen Schwellen und schweren Schienen. Gleisarbeiten fanden an der Unfallstelle seit einiger Zeit nicht statt. Die Nachforschungen nach dem Täter wurden sofort aufgenommen. Vom Polizeipräsidium ist sofort auf Veranlassung der Eisenbahnbehörden ein Kriminalbeamter entsandt worden, der eine Untersuchung eingeleitet hat. Sie wird noch fortgeführt. Zur Sicherung der Strecke Kreuz—Konitz ist eine verstärkte Bewachung angeordnet worden. Auf die Ermittelung setzte die Eisenbahnverwaltung 25 000 Mk. und der Regierungspräsident in Schneidemühl noch 10 000 Mk. aus.

Gegen die Greuelmärchen von deutschen Schandtaten.

(W) Die „Deutsche Zeitung“ veröffentlicht aus Anlaß der infolge der Auslieferungsfrage, vor allem in der belgischen und der französischen Presse wieder auftauchenden Greuelmärchen von deutschen Schandtaten im besetzten Gebiet in ihrem Besitze befindliche Dokumente der Bürgermeistereien der Städte La Fère und Noyon, sowie der Gemeinden Amigny-Rancy und Suzeny. In diesen heißt es u. a.: Der Bürgermeister von La Fère erklärt, daß seines Wissens seitens der deutschen Soldaten die Bewohner der Stadt La Fère in keiner Weise brutalisiert oder vergewaltigt worden sind, daß die französischen in La Fère gepflegten Verwundeten genau so sorgfältig behandelt worden sind wie die deutschen Verwundeten, und daß die in La Fère liegenden Kriegsgefangenen, die er befragt hat, keinerlei Klagen über die ihnen von den deutschen Truppen zuteil gewordene Behandlung haben verlauten lassen.

In einem Bericht des Grafen von Brigode, Bürgermeister von Folembray, heißt es u. a.: Der Bürgermeister von Barisis erklärte, daß seines Wissens nicht der geringste Akt von Brutalität seitens deutscher Soldaten gegen Angehörige seiner Gemeinde begangen worden ist und keinerlei Brandstiftung oder Zerstörung vorkamen.

Noel, Senator und Bürgermeister der Stadt Noyon, und Felix, zweiter Bürgermeister, bekunden, daß die deutschen Soldaten sich seit der Besetzung der Stadt Noyon keinerlei Verbrechen oder Vergehen gegen Frauen und Kinder haben zuschulden kommen lassen, daß die französischen Verwundeten genau so verpflegt wurden wie die deutschen, und daß die französischen und englischen Gefangenen immer mit Menschlichkeit von den Deutschen behandelt worden sind.

Das Programm der neuen französischen Regierung.

(W) In der ministeriellen Erklärung, die Donnerstag in der Kammer und im Senat verlesen wurde, sagte Millerand nach einer Ehrung für Clemenceau: Die Zeit der Opfer und Einschränkungen ist noch nicht vorüber. Die Bürgerpflichten lassen sich dahin zusammenfassen „mehr hervorbringen, weniger verbrauchen.“ Das ist die erste Bedingung für den Ausbau des Nationalvermögens. Jeder Bürger müsse am Steuerbedarf tragen helfen. Steuer zahlen, heißt Frankreich dienen, sich dem entziehen, heißt das Vaterland verraten. Man müsse, sagt Millerand weiter, das Steuerbare überall erfassen, aber dabei Sorge tragen, die Unternehmungslust nicht zu lähmen. Den Arbeitern muß der gerechte Anteil am Gewinn und ebenso an der Organisation der Arbeit selbst gesichert werden. Wir müssen Mittel und Wege suchen, Schiedsgerichte zu schaffen, wodurch Arbeitsstreitigkeiten vermieden oder gelöst werden können. Der Minister sagte weiter mit Bezug auf die Verheerungen, die der Krieg angerichtet hat: Wir haben Vertrauen in den Völkerbund. Er wird die Wiederkehr einer solchen Katastrophe verhindern können. Es wäre aber ein unverzeihlicher Leichtsinn, unsere unmittelbare Sicherheit und die Forderungen berechtigter Wiedergutmachungen nur durch Versprechungen der Zukunft uns verbürgen zu lassen. Eine der ersten Aufgaben, die wir Ihnen unterbreiten, ist die Organisation unserer Streitkräfte zu Lande und zu Wasser. Die grausamen Verluste und die wirtschaftliche Notwendigkeit führen dazu, die Militärdienstzeit herabzusetzen. Die Ausführung des Versailler Friedensvertrages ist für uns Gesetz. Wir werden sie ohne Gewalttätigkeit, aber auch ohne Schwäche, entschlossen und standhaft verfolgen.

Verschleuderung deutscher Werte.

Ein grelles Schlaglicht auf die schon oft gerügten Schleuderverkäufe deutscher Waren in das Ausland wirft eine Zuschrift, die ein angesehener westfälischer Eisenindustrieller an den „Anzeiger für Berg-, Hütten und Maschinenwesen“ in Essen richtete. Er führt darin aus: Bei Gelegenheit einer kürzlichen Reise in Schweden erzählte mir der mir befreundete Direktor eines großen Stahlwerkes, daß er einen Kran in Deutschland gekauft habe, für den er 18 000 Kronen hätte bezahlen müssen. Das gleichartige Angebot einer schwedischen Firma hatte auf 38 000 Kronen gelautet. Daher wäre die deutsche Konstruktion erheblich besser und er würde auch umgelernt für das deutsche Fabrikat den höheren Preis bezahlt haben, wenn er verlangt worden wäre. Für die deutsche Kranbaugesellschaft ergab sich daraus nach dem heutigen Kurs ein Verdienstausfall von über 20 000 Mark. Kommentar überflüssig. Nach meinen Beobachtungen während dieser kürzlichen Reise in Skandinavien mußte ich überall feststellen, daß über die Schleuderverkäufe der deutschen Maschinenfabrikanten teilweise gespottet, teilweise geschimpft wurde, je nachdem, ob es sich um einen Konkurrenten oder einen Käufer handelte. Es sind in den letzten Monaten unendlich viele Maschinen von Leuten gekauft worden und zu dem Zweck, aus ihrer Markspekulation zu retten, was zu retten war, und das wertlose deutsche Papiergeld in reale Werte, also in Ware umzuwandeln. Diese Maschinen werden einfach auf Lager gestellt, um sie bei Gelegenheit mehr oder weniger günstig zu verkaufen. Was bei einer solchen Ausfuhrschleuderpolitik den deutschen Maschinenfabrikanten für Zukunftsaussichten sich ergeben, kann man sich leicht ausrechnen.

Tagesereignisse.

— **(22 Milliarden für Militärpensionen und Entschädigungen im französischen Haushalt.)** Finanzminister Klotz hat der Kammer das Budget für 1920 vorgelegt. Die ständigen Ausgaben betragen rund 18 Milliarden. Von den beiden außerordentlichen Budgets umfaßt das eine die Tilgung für die Anleihen im Betrage von 7½ Milliarden, das andere die Zahlung der Militärpensionen und Entschädigungen, die später von Deutschland und seinen ehemaligen Alliierten zurückbezahlt werden sollen in Höhe von 22 Milliarden.

— **(Heim als Verbündeter der Franzosen.)** Im Temps weist der Berliner Korrespondent de Guillerville auf die Heimschen separatistischen Bestrebungen und auf die Folgen, die sie haben könnten, hin. Charles Maurras nimmt in der „Action Francaise“ die Frage auf und sagt, wenn Millerand fähig sei, die durch Heim hervorgerufene Bewegung besser auszunützen, als das Ministerium Clemenceau Kurt Eisner ausnutzte, dann sei er ein ausgezeichneter Minister. Maurras weist besonders darauf hin, daß Millerand sich mit der Frage Deutschland beschäftigen müsse, daß er eine wesentliche Aufgabe republikanischer Politiker sei, den Trennungsgedanken in Deutschland zu fördern.

— **(Meinungsverschiedenheiten im englischen Kabinett.)** Laut Nieuwen Rotterdamschen Courant meldet der Pariser Berichterstatter der Westminster Gazette, im englischen Kabinett beständen große Meinungsverschiedenheiten über die russische Politik. Churchill sei der Führer der Kriegspartei, die überzeugt sei, daß der Bolschewismus allein mit der Waffe ausgerottet werden könne. Lloyd George dagegen sei der Führer der Friedenspartei, die dem Bolschewismus seinen Lauf lassen wolle und der Ansicht sei, daß er eines natürlichen Todes sterben werde.

— **(Die englische Arbeiterpartei und der Kaiserprozeß.)** „Daily Herald“ eröffnet einen neuen Feldzug gegen Lord Churchill, der bei der Arbeiterpartei weniger als je beliebt ist seit seiner Auslassung, daß diese Partei nicht im Stande sein würde, zu regieren. In einem Leitaufsatze des Blattes wird gesagt: Wenn Wilhelm II. v. Hohenzollern, ein Fremder, und früher das Haupt einer fremden Nation, zur Verantwortung gezogen werden soll, so liegt viel mehr Grund vor, dies bei den eigenen Staatsangehörigen zu tun, die den Krieg ebenso sehr heraufbeschworen haben. „Daily Herald“ lenkt die Aufmerksamkeit auf Churchill, der nicht weniger als der ehemalige Kaiser der Aufhetzung zum Kriege schuldig sei.

— **(Deutsche Aerzte zur Bekämpfung der Typhus-Epidemie in Polen.)** Die polnische Regierung wandte sich, nach einer Wiener Meldung, an den Staatskanzler Dr. Renner mit dem Ersuchen, Wiener Aerzte nach den von der Typhus-Epidemie heimgesuchten Gegenden Ostgaliziens zu entsenden und erklärte sich bereit, einen Sonderzug zur Verfügung zu stellen. Die polnische Regierung soll sich auch an Deutschland mit dem gleichen Ersuchen gewandt haben.

— **Eine gothaische Landesstiftung für Bildungszwecke.** Die Landesversammlung stimmte der Errichtung einer Landesstiftung aus den Erträgnissen der beschlagnahmten Fideikommisse des herzoglichen Hauses zu. Der Ertrag mit jährlich 300 000 Mark soll für Theater und Bildungszwecke einschließlich der Errichtung einer Arbeiterhochschule verwendet werden.

— **Ein Lebensmittelschwindler verurteilt.** Die Strafkammer in Frankfurt a. Main verurteilte den Kaufmann Felix Winke, der in Berlin und anderen großen Städten Norddeutschlands sich erbot, Lebensmittel zu beschaffen u. viele Personen um Beträge bis 1500 Mark prellte, zu zwanzig Monaten Zuchthaus und 1950 Mark Geldstrafe.

Kleine Nachrichten.

Von amtlicher militärischer Seite wird mitgeteilt: Graudenz wurde am 23. Januar, mittags, ohne Zwischenfall geräumt. Es fanden gewaltige deutsche Kundgebungen von fast der gesamten Bevölkerung statt. Die Polen rückten unmittelbar nach der Räumung ein.

Die Offiziere der interalliierten Marinekommission, die jetzt ihre Besichtigung Helgolands beendeten, haben berichtet, daß das Verteidigungswerk auf der Insel bereits völlig im Trümmern liegt.

Nach den Abendblättern verlautet, daß die spanische Regierung das von Deutschland erbetene Agrement zur Ernennung Dr. Rosens zum Botschafter in Madrid verweigerte.

Nach der Vorlage über die Auseinandersetzung zwischen Staat und Krone verbleibt ein Teil der Schlösser im Besitz des Staates oder geht an diesen über; ein Teil verbleibt dem Königshause. Das Königshaus behält volles Verfügungsrecht über das ihm verbleibende Vermögen und erhält noch eine geldliche Abfindung für die von ihm an den Staat überlassenen wertvollen Kunst- und Einrichtungsgegenstände der Schlösser.

Die Reichszentralstelle für Kriegs- und Zivilgefangene meldet: Zur Abholung der Internierten von Scapa Flow fuhren gestern die Dampfer „Lisboa“ und „Byzra“ nach Hull aus. Voraussichtlich treffen sie am 29. Januar wieder in Wilhelmshaven ein.

Der Eisenbahnerstreik in Italien kann als beendet angesehen werden.

Laut „Nieuwen Courant“ hat die britische Admiralität Befehl gegeben, daß in Anbetracht der Wiederherstellung des Friedenszustandes zwischen dem britischen Reiche und Deutschland die deutsche Flagge wieder gegrüßt werden muß.

Vereinsnachrichten.

? **Bönen**, 27. Jan. **(Männergesangverein.)** Die Generalversammlung des Männergesangvereins erfreute sich eines guten Besuches und wurde vom 1. Vorsitzenden, Lehrer Schmidt, eröffnet. Herr Beinhauer erstattete den Jahres-, Herr Wulff sen. den Kassenbericht. Die beantragte Entlastung wurde erteilt. Die ausscheidenden Vorstandsmitglieder, Rechnungsprüfer wurden wiedergewählt; ebenfalls das bisherige Vereinslokal. Der Abschnitt 2 des § 6 wurde gestrichen. Es finden von jetzt ab wieder jeden Freitag abend die Gesangstunden statt. Zum Schluß dankte der 1. Vorsitzende den aktiven Mitgliedern für ihre rege Beteiligung an den Gesangstunden, hob hervor, welch erfreulichen Aufschwung der Verein gemacht habe, und schloß die Versammlung mit dem Wunsche, daß sich noch recht viele junge Leute, welche sich für den Gesang interessieren, im Verein aufnehmen lassen möchten.

Sport.

Kamen, 27. Jan. (Fußballmeisterschaftsspiel.) Am Sonntag, den 25. Jan. 1920 spielten auf dem hiesigen Sportplatz der Sportverein Kamen, e. V., 1. Mannschaft gegen den Ballspielverein „Westfalia“, Wickede-Asseln, 1. Mannschaft. Kamen blieb Sieger mit 10 : 5 Toren. — „Ball Heil“.

Helft den Auslandsdeutschen! In dieser Woche sammelt der Vaterländische Frauenverein Gaben für die Rückwanderhilfe ein.

Das neue Umsatzsteuergesetz. Vom 24. Dezember 1919. Nebst der vorläufigen Ausführungsanweisung vom 18. Dezember 1919. Textausgabe mit ausführlichem Sachregister. Verlag von Franz Vahlen in Berlin W 9, Linkstraße 16. Preis kart. 2,40 Mk. — Das neue Umsatzsteuergesetz ist hier weitesten Kreisen in einer handlichen Ausgabe zugänglich gemacht worden, die ihren Zweck, in dem ausgedehnten Interessentenkreise die Kenntnis der gesetzlichen Bestimmungen zu verbreiten, in jeder Beziehung erfüllen wird. Die Ausgabe bringt die vorläufige Ausführungsanweisung vom 18. Dezember 1919 und ist mit einem von sachkundiger Feder bearbeiteten ausführlichen Sachregister versehen. Zuverlässige Wiedergabe des Gesetzestextes und gute Ausstattung zeichnen die Ausgabe noch weiter aus, so daß sie allen Interessenten zur Anschaffung angelegentlich empfohlen werden kann.

Donnerstag

Geschäfts-Eröffnung!!

Den geehrten Bewohnern **von Kamen** zur gefl. Nachricht, daß ich mit dem heutigen Tage in meinem Hause, **Kampstraße Nr. 16**, ein

Kolonialwaren-Geschäft

eröffne. 337

Durch gemeinschaftlichen Kassa-Einkauf mit über 10 000 Geschäften, sowie durch Bezüge ganzer Waggonladungen bin ich in der Lage, Ihnen die beste Ware zu den billigsten Preisen zu liefern. Indem ich Ihnen prompte und aufmerksame Bedienung zusichere, bitte ich, mein Unternehmen gefl. zu unterstützen.

Theodor Scholz.

Zigarren **Engros!** **Zigarren**

Meiner geehrten Kundschaft zur — Nachricht, daß ich mein —

Engros-Geschäft

wieder aufgenommen habe.

Führe wie bekannt nur erstklassige Fabrikate zu reellen Preisen. Große Posten können — vorläufig noch nicht abgegeben werden. —

Aug. Goris,
Vertreter größerer Zigarrenfabriken.

Außerdem teile ich meiner verehrten Kundschaft mit, daß ich von Februar d. J. ab, außer mein Hauptgeschäft, Weststraße 80, in meinem Geschäftshause, Bahnhofstraße 3, das Zigarren-Geschäft (früher Herr Gust. Rumpf), als

Filiale

weiter führe.

Es wird mein Bestreben sein, meiner verehrten Kundschaft in jeder Hinsicht durch gute Ware und prompte Bedienung weiterhin zufriedenzustellen.

Hochachtungsvoll 251

Zigaretten **Aug. Goris.** **Tabak**

Frauenbund der deutschen Kolonial-Gesellschaft.

Mitglieder-Versammlung

am Mittwoch, den 28. d. Mts., nachm. 5 Uhr, im Hotel Bergheim.

Tagesordnung:

1. Jahres- und Kassenbericht.
2. Besprechung über Anfertigung von Wäsche für Rückwanderer aus den Kolonien.
3. Verschiedenes.

Erscheinen der Mitglieder dringend erwünscht.

Frau Elfriede Lenzmann
327 Vorsitzende.

Habe die Schmiede von meinem verstorbenen Bruder wieder in Betrieb gesetzt. Empfehle mich in

Hufbeschlag und Wagenbau

auch Reparaturen an Fahrrädern werden gut und billig ausgeführt. 336

Wilhelm Moersch, gepr. Hufschmied,
Kaiserau bei Kurl.

Verein f. Fraueninteressen
Mittwoch, d. 28. Jan. 1920, abends 8 Uhr:

Mitglieder-Versammlung

im Hotel Biermann. Nichtmitglieder sind willkommen. 331

Der Vorstand.

Medizinal

Leber-Tran

empfiehlt

Drogerie H. P. Thiel
Oststraße. 328

Moderner 313
Seidenmantel, eine Wiege, ein Paar Schuhe
Größe 37—38 zu verkaufen.
Näheres in der Geschäftsstelle d. Kamener Ztg.

Gut erhaltenes
Eisengitter,
12 Meter lang, zu verkaufen. Näheres 298
Hammerstr. 193.

Suche für sofort od. 1. Februar gegen hohen Lohn tüchtiges
Mädchen
welches melken kann u. Gartenarbeit versteht. älteres bevorzugt. 289
Frau H. Schaeper,
Werne a. d. Lippe, Bohnenstraße.

Ein kleines
Mädchen
von 3 Wochen alt zu **verschenken.** 324
Näheres in der Geschäftsstelle d. Kamener Zeitung.

Ein kräftiges, junges
Mädchen
für Haus- und Gartenarbeit, nicht unter 18 Jahren, sofort gesucht.
Zu erfragen in der Geschäftsstelle der Kamener Zeitung. 325

Mädchen
zur Stütze der Hausfrau gesucht. 340
Zu erfr. in der Geschäftsstelle d. Zeitung.

Ein in allen häuslichen Arbeiten erfahrenes 318
Mädchen
gegen hohen Lohn sucht
Fr. Düllberg, Unna,
Nordstraße 7.

Aelteres Fräulein,
das sauber und perfekt die feinste Wäsche ausbessert, 332
sucht Kunden
außer dem Hause.
Näh. in der Geschäftsstelle der Kamener Zeitung.

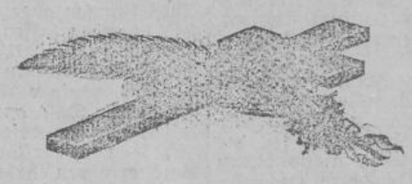
---

2 anst. Männer können
Kost u. Logis
erhalten. 344
Zu erfr. in d. Geschft. der Kamener Zeitung.

Größerer 338
Geldbetrag
in schwarzer Geldscheinmappe von der Wirtschaft Timmering bis zur Unnaerstr. (Bahnübergang der Haltestelle der Straßenbahn)
verloren gegangen.
Gegen gute Belohnung abzugeben
Unnaerstraße 37.
Ecke Afferderweg.

Von Bahnhofstraße bis Ostenfeldmark ein 339
reparierter Damenschuh verloren.
Bitte gegen Belohnung abzugeben
W. Vogt,
Ostenfeldmark.

Am Sonntag abend heller **Haarhut** im Schützenhof 329
vertauscht!
Gezeichnet A. Sch.
Näh. in der Geschäftsstelle der Kamener Zeitung.



Heute morgen 2 Uhr starb sanft und gottergeben infolge Altersschwäche meine innigstgeliebte Frau, unsere gute Mutter, Großmutter, Schwester, Schwägerin und Tante

Frau Sophie Kleihöhmer

geb. Jeismann

im 80. Lebensjahre.

Um stille Teilnahme bitten

Die trauernden Hinterbliebenen.

Overberge, den 25. Januar 1920.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 28. Januar, nachmittags 3 Uhr, vom Sterbehause aus statt. 330

Kamener Lichtspiele!

Weststrasse 20.

Spielplan vom 27. bis 30. Januar!

„Lepain“

8 Akte. **Der König der Verbrecher.** 8 Akte.

Das gewaltigste Filmwerk der Gegenwart wurde in allen Grossstädten wochenlang prolongiert. Um auch den Nachmittagsschichtern Gelegenheit zu geben, haben wir uns auf vieles Drängen hin entschlossen, Lepain am Donnerstag vormittag 10 Uhr zur Aufführung zu bringen. Karten zu dieser Sondervorstellung können von Dienstag abend ab an der Kasse entnommen werden. 333

Zu diesem gewaltigen Filmwerk haben wir noch den grandiösen **Stuart Webbs**

„Das Panzergewölbe“

erworben. In Anbetracht der grossen Unkosten, die dieses Programm erfordert, sind wir gezwungen, einen Preisaufschlag von 25 Pf. zu erheben.

Kamener Lichtspiele.

Central-Theater
Kamen.

Heute, Dienstag, vollständig neues Programm.

I.

„Die Dame mit der Spinne.“

Großartiger Detektiv-Schlager in 4 Akten.

II.

„Der spanische Emil“

oder „Der seltsame Gast.“

Der grösste Verbrecher Spaniens.
Detektiv-Drama in 3 Akten, 335

III.

„Eva mit dem Feigenblatt.“

Lustspiel in 3 Akten.

Diese drei grossartigen Stücke muss jedrr sehen. Es bittet daher um regen Besuch **Jos. Schüttler.**

Die Beleidigung gegen die Hebamme Schiffer in dem anonymen Brief nehme ich hiermit zurück und warne vor Weiterverbreitung. 334

Frau Kalle,
Bergkamen.

Heirat

Witwe, 39 Jahre. mit etwas Vermögen und 3 erwachsenen Kindern sucht Bekanntschaft mit einem Herrn. Witwer mit einem Kinde nicht ausgeschlossen.
Offerten unter **A. K.** zu senden an die Geschäftsst.

Amt Unna-Kamen.

Aufruf!

Die Reichsregierung hat dem einstimmigen Beschluß der Nationalversammlung auf Linderung der Hungersnot in Deutschösterreich, insbesondere der Stadt Wien, trotz der eigenen Notlage in Deutschland Rechnung getragen und die notwendigsten Mehlmengen den Stammesbrüdern zur Verfügung gestellt.

Wie es in diesen Gebieten aussieht und welche Opfer die dort herrschende Hungersnot schon gefordert hat, haben uns die Zeitungen schon wiederholt wissen lassen, weshalb der Schritt der Regierung nur anerkannt werden kann.

Die aus Anlaß dieser Hilfsaktion aufgewendeten Mehlmengen müssen nach dem Beschlusse der Nationalversammlung wieder eingespart werden, und zwar wird dieses bezüglich der Versorgungsberechtigten noch besonders geregelt werden. Dabei ist als selbstverständlich vorausgesetzt worden, daß die Selbstversorger sich von dieser Hilfsaktion zu Gunsten der deutschen Brüder in Oesterreich nicht werden ausschließen wollen, daß sie vielmehr von der ihnen zustehenden Ration eine bestimmte Getreidemenge in Natur — Körner — (mindestens ½ Pfund pro Kopf) zur Ablieferung bringen.

An die Selbstversorger des Amtsbezirks ergeht daher meine dringende Bitte, den auf sie entfallenden Teil bis spätestens zum 1. Februar 1920 an die nachbenannten Sammelstellen abzuliefern.

Gemeinde Afferde beim Gemeinde-Vorsteher Lindemann,
Gemeinde Heeren-Werve Abholung durch den Gemeindediener,
Gemeinde Hemmerde beim Gemeindevorsteher Grube,
Gemeinde Lünern beim Kaufmann Friedrich Bleidick,
Gemeinde Massen beim Wirt Friedr. Markmann,
Gemeinde Methler beim Gastwirt Heinrich Budde,
Gemeinde Mühlhausen beim Gemeinde-Vorsteher Däing,
Gemeinde Niederaden bei der Wirtin Wwe. Weber,
Gemeinde Oberaden beim Müller Albert,
Gemeinde Siddinghausen beim Gemeinde-Vorsteher Düllmann,
Gemeinde Stockum beim Kolonialwarenhändler Karl Dreischer,
Gemeinde Südkamen beim Wirt Friedrich Düselshöft,
Gemeinde Uelzen beim Gemeinde-Vorsteher Holtmann,
Gemeinde Wasserkurl beim Gemeindevorsteher Hugo,
Gemeinde Weddinghofen beim Kleinhändler Dickmann,
Gemeinde Westhemmerde beim Gemeinde-Vorsteher Schulze-Beckinghausen,
Gemeinde Westick beim Landwirt Wilh. Koch.

Ueber die abgelieferten Mengen werden von der Sammelstelle Empfangsbescheinigungen ausgestellt werden, die die Selbstversorger dann bei der Ausstellung der nächsten Mahlkarten vorlegen müssen.

Ich bitte dringend darum, den festgesetzten Termin zur Ablieferung innezuhalten.

Unna, den 19. Januar 1920.

Der Amtmann: Lehmjaus.